



Diskussionspapier für nationale Debatten, angenommen auf der Vorbereitungssitzung in Brüssel am 20. Januar 2007

Einleitung

50. Jahrestag des Vertrags von Rom

2007 wird die Europäische Union 50 Jahre alt. Am 25. März 1957 unterzeichneten Vertreter Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie einen zweiten Vertrag zur Gründung von Euratom in einer feierlichen Zeremonie am Campidoglio in Rom. Innerhalb von 50 Jahren ist die Gemeinschaft dieser sechs Länder zu einer Union von 27 Staaten angewachsen, was in einer Reihe von Veranstaltungen im Verlauf des Jahres 2007 ausgiebig gefeiert wird.

Auch junge Menschen haben sicherlich Anlass, den Jahrestag eines Projekts zu feiern, das Frieden, Stabilität und Wohlstand für unseren Kontinent gebracht und Perspektiven geschaffen hat, die frühere Generationen in diesem Maße nicht hatten. Nach seinen erfolgreichen Jahrzehnten scheint das europäische Projekt Orientierung und Inspiration eingebüßt zu haben. Die Ablehnung des Verfassungsvertrags durch die Wähler in Frankreich und den Niederlanden war ein eindeutiges Zeichen für wachsende Unsicherheit und Ablehnung der Menschen in Europa im Hinblick auf die Entwicklung der Europäischen Union.

Außerdem stehen junge Menschen in Europa heute vor zahlreichen Problemen: zunehmende Unsicherheit und Mangel an sozialer Gerechtigkeit – insbesondere in Bezug auf Arbeitsplätze und Bildung – sowie Wohnraum und Klimawandel. Die Globalisierung und die Auswirkungen der globalen Wirtschaft auf unsere sozialen Rechte und unsere Umwelt schaffen neue ernsthafte Herausforderungen, insbesondere für die junge und die kommenden Generationen. Junge Menschen erwarten, dass diese drohenden Fragen von den politischen Entscheidungsträgern auf allen Ebenen angegangen werden. Die Europäische Union ist eine entscheidende politische Ebene, auf der diese Themen wirkungsvoll in Angriff genommen werden können, wenn die Zivilgesellschaft gestärkt und voll in den Entscheidungsprozess einbezogen wird.

Aus diesem Grund werden Jugendvertreter aus der gesamten EU zeitgleich mit dem Europäischen Rat in Berlin zu einem Jugendgipfel in Rom zusammenkommen, wo die Jugendlichen ihre Erwartungen an das europäische Projekt für die nächsten 50 Jahre formulieren werden.

Eine breit angelegte EU-weite Konsultation

Zur Entwicklung einer Diskussionsgrundlage wurde am 18.-20. Januar ein Vorbereitungsgipfel in Brüssel organisiert, zu dem Vertreter der nationalen Jugendräte aus den 27 EU-Mitgliedstaaten sowie von internationalen Jugendorganisationen zusammenkamen. In diesen drei Tagen intensiver Arbeit beschäftigten sich die jungen Delegierten mit den verschiedenen Aspekten des europäischen Projekts: Verfassungsvertrag, Europäisches Sozial- und Wirtschaftsmodell, nachhaltige Entwicklung, Rolle der EU in einer globalisierten Welt, Aufbau einer europäischen Demokratie und Zivilgesellschaft, Jugend und Bildung in der EU.

Der Vorbereitungsgipfel brachte dieses Diskussionspapier hervor, eine erste Grundlage für nationale Debatten in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Internationale Jugendorganisationen werden außerdem eigene Konsultationen zu diesem Dokument durchführen. Die nationalen Debatten, an denen das gesamte Spektrum der gesellschaftlichen Jugend in den einzelnen Mitgliedstaaten beteiligt sein wird, sowie die Diskussionen in den zahlreichen internationalen Jugendorganisationen stellen eine breite, von unten nach oben gerichtete Konsultation dar und geben die Sichtweisen junger Menschen aus der gesamten Union wieder.

Die Ergebnisse werden den führenden europäischen Politikern am eigentlichen Jahrestag der Unterzeichnung der Verträge von Rom — und am Ort der Unterzeichnung dieser Verträge — beim Jugendgipfel am 24.-25. März 2007 vorgelegt. Dieses herausragende Ereignis soll den Prozess jedoch noch nicht abschließen, sondern einen neuen Aufbruch für ein fortgesetztes Engagement der jungen Zivilgesellschaft für das europäische Projekt darstellen. Als Gegengewicht zu der Feier des europäischen Einigungsprozesses in den letzten 50 Jahren wird der Jugendgipfel hauptsächlich einen Blick nach vorn auf die Herausforderungen der nächsten 50 Jahre leisten, die den Großteil des Lebens der jungen Menschen von heute ausmachen werden.

Zukunft des EU-Vertrags

- Europa braucht dringend eine echte Verfassung. Dazu ist es notwendig, die Bürger Europas ernsthaft in diesen Prozess einzubeziehen, entweder durch ein europäisches Referendum oder eine verfassungsgebende Versammlung. Ein Jugendkonvent zu diesem Thema wurde im Jahr 2002 abgehalten, und die dort formulierten Schlussfolgerungen gelten für uns noch immer. Einige Optionen für die Vorgehensweise wurden angesprochen: Das neue Dokument sollte von Regierungen, nationalen Parlamenten, einer verfassungsgebenden Versammlung oder einem Konvent diskutiert werden. Wir, die Teilnehmer des Vorbereitungsgipfels, bevorzugen ein Verfahren mit einer verfassungsgebenden Versammlung oder einem Konvent, und zwar unter Einbeziehung von Vertretern der Zivilgesellschaft.
- Die Verfassung sollte, auf der Grundlage des Geltungsbereichs und der Struktur der Teile eins und zwei des ursprünglichen Verfassungsvertrags, einen grundlegenden Rahmen für die Institutionen darstellen. Dazu gehören müssten die Charta der Grundrechte, die Grundwerte und die grundlegenden Vorschriften für die Institutionen. Politische Maßnahmen und detaillierte Arbeitsweisen der Union sollten außerhalb der Verfassung geregelt werden, so dass sie leichter geändert werden können als die Verfassung selbst.
- Um den politischen Entscheidungsprozess in Europa effizient zu gestalten, müssen wir weg von der Einstimmigkeit und hin zur Mehrheitsentscheidung und Mitentscheidung in allen Zuständigkeitsbereichen der Union. Das Europäische Parlament sollte mehr Macht bekommen, zum Beispiel das Recht, Gesetze vorzuschlagen und über seinen eigenen Sitz zu entscheiden. Die Größe der Europäischen Kommission könnte die Effizienz dieses Organs beeinträchtigen.

Sozial- und Wirtschaftsmodell

- Das Europäische Sozial- und Wirtschaftsmodell ist eine gemeinsame Vision von der idealen Organisation der Gesellschaft und ist als Modell weltweit einzigartig. Wir glauben, dass dieses Modell auf gemeinsamen Werten aufbaut, wie Freiheit, Gleichheit, sozialer Gerechtigkeit, Dialog und Wahrung der Menschenrechte nach dem Prinzip der Gleichheit aller Mitgliedstaaten. Wir wollen ein Europa der Offenheit und Integration für alle. Ein Modell auf der Grundlage der fundamentalen sozialen Rechte, einschließlich

Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung (Geschlecht, Alter, sexuelle Ausrichtung, ethnische Herkunft, Religion, Behinderung usw.), sowie Gleichheit und faire Arbeitsbedingungen.

- Gemeinsam müssen wir Wege finden, die ungesicherte Position der Jugend zu festigen; die angemessene Eingliederung der Jugendlichen in den Arbeitsmarkt sollte ein wichtiger Bestandteil der Diskussionen über die Zukunft des Wirtschafts- und Sozialmodells der Europäischen Union sein. Wir sind fest davon überzeugt, dass der Europäische Jugendpakt ein entscheidendes politisches Instrument zur Verbesserung der Situation junger Menschen in der Gesellschaft darstellt. Seine vollständige Umsetzung muss beschleunigt werden. Die Mitgliedstaaten sollten daher ihre Verantwortung wahrnehmen und Jugendorganisationen in den Prozess einbinden.
- Auch das Gleichgewicht zwischen Flexibilität und Sicherheit muss unserer Meinung nach angesprochen werden. Das neue Konzept der „Flexicurity“ dient der Suche nach einem sozial annehmbaren Gleichgewicht zwischen den Erfordernissen anpassungsfähiger Unternehmen/Arbeitsplätze und dem langfristigen Ziel der menschlichen und gesellschaftlichen Entwicklung.

Nachhaltige Entwicklung

- Nachhaltige Entwicklung geht uns alle an, besonders aber die Jugend. Wir fordern eindeutige Investitionen in saubere Energie, Energieeinsparungen und eine klare Strategie zur Reduzierung von CO₂-Emissionen sowie eine Kerosinsteuer für alle Flüge innerhalb der EU. Ergänzend fordern wir Zuschüsse für nachhaltigere Verkehrsarten zur Reduzierung der Anzahl von innergemeinschaftlichen Flügen.
- Die Agrarsubventionen der EU müssen stärker umweltbezogen und sozial gerecht verteilt werden, so dass der ökologische Landbau gefördert wird und Landwirte in weniger entwickelten Ländern bessere Chancen haben, ihren eigenen und den europäischen Markt zu beliefern. Eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ist notwendig.
- Die Millennium-Ziele der UN zur Verringerung der Armut sollten in der EU Priorität haben, zum Beispiel durch die Investition in Entwicklungshilfe von 1 % des BNE der Länder, die der EU vor 2002 beigetreten sind, und 0,5 % des BNE der Länder, die später hinzukamen. Außerdem sollte die EU die Möglichkeit haben, Sanktionen gegen Länder zu verhängen, die den genannten Verpflichtungen nicht nachkommen.

Rolle der EU in einer globalisierten Welt

- Die Außenpolitik betrifft die Menschen in Europa im täglichen Leben, wird aber generell als zu bürgerfern betrachtet, was zu einem Mangel an Interesse an ihrer Gestaltung führt. Daher brauchen wir ein neues Konzept für die Verknüpfung von Außenpolitik und Alltagsleben der europäischen Bürger. Eine kohärente Außenpolitik der Europäischen Union ist die Voraussetzung dafür, dass die EU in der Welt mit einer Stimme spricht.
- Die Entwicklung eines neuen und nachhaltigen Wirtschaftsmodells für die Welt und die Nutzung alternativer Energiequellen müssen einen Schwerpunkt in der Außenpolitik der Europäischen Union bilden.
- Geschlechtergleichstellung und Frauenrechte müssen bei allen außenpolitischen Maßnahmen der EU berücksichtigt werden. Die EU-Diplomatie sollte sich auf die

Wahrung der Rechte der Frauen in der ganzen Welt konzentrieren, und zwar in Übereinstimmung mit dem Peking-Abkommen.

Demokratie und Zivilgesellschaft

- Die aktuelle Krise der EU hängt vor allem mit dem schlechten Funktionieren der repräsentativen demokratischen Strukturen zusammen. Die Bürger Europas üben ihr Wahlrecht nicht aus. Diskussionsfrage: *Warum üben die Menschen ihr Wahlrecht nicht aus?*
- Auch angesichts der Unterschiede innerhalb Europas in Bezug auf die Sorgen und Möglichkeiten der Bürger können wir die entscheidende Bedeutung der Mitwirkung in Organisationen der Zivilgesellschaft zur Einflussnahme auf den demokratischen Prozess nicht leugnen. Und doch muss ein Europa der Zukunft die Strukturen der demokratischen Mitwirkung ausbauen und diversifizieren. Diskussionsfrage: *Was gibt Ihnen den Anlass, sich für etwas zu engagieren? Wie können Organisationen der Zivilgesellschaft unter jugendlicher Führung junge Menschen, die heute außerhalb der Organisationen und außerhalb der Debatte stehen, in einem stärkeren Maß für sich gewinnen?*
- Auf nationaler Ebene muss es eine europäische Dimension in der politischen Debatte geben, was natürlich angesichts der nahenden Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 von großer Bedeutung ist. Die Kommunikation zwischen den EU-Organen und den Bürgern Europas ist ohne das Engagement der Mitgliedstaaten nicht möglich. Mit öffentlichen Geldern können sich Organisationen der Zivilgesellschaft engagieren und eine führende Rolle bei der Moderation einer solchen Debatte übernehmen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir trotz intensiver öffentlicher Bezuschussung die Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit der Organisationen der Zivilgesellschaft gewährleisten, und zwar durch Transparenz. Diskussionsfrage: *Wie können wir eine europäische Dimension in der politischen Debatte auf regionaler und nationaler Ebene gewährleisten? Welche Rolle spielen dabei die Mitgliedstaaten? Welche Rolle können die Organisationen der Zivilgesellschaft spielen? Welche Rolle hätten die Mitgliedstaaten bei der Anerkennung und der Bezuschussung des Aufbaus von Demokratie und der Einbeziehung von Organisationen der Zivilgesellschaft?*

Jugend und Bildung

- Qualität der formalen Bildung: Es ist sehr wichtig, dass die Qualität der grundlegenden Bildung im Primar- und Sekundarbereich durchgehend hoch ist. Daher fordern wir eine Neubewertung der Inhalte der formalen Bildungssysteme in ihrer derzeitigen Form; dabei ist nicht nur der Wissenstransfer ein wichtiger Aspekt, sondern auch die Entwicklung von Fähigkeiten als integraler Bestandteil des Bildungsprozesses. Dadurch erleben junge Menschen größere Erfolge im Bildungssystem, was ein Motivationsfaktor sein könnte. Die Bildung sollte stärker darauf ausgerichtet sein, alle Schüler auf den schwierigen Übergang von der Bildung zum Arbeitsmarkt vorzubereiten. Wir sind fest davon überzeugt, dass die formale Bildung und die nicht formale Bildung sich ergänzen sollten.
- Zugang zur formalen Bildung: Die formale Bildung muss nicht nur obligatorisch, sondern auch zugänglich für alle sein. Das bedeutet, dass jeder Mensch Zugang zu allen Bildungseinrichtungen haben sollte. Dazu müssen bestehende Hindernisse, welcher Art auch immer (finanziell oder kulturell), abgebaut und schließlich abgeschafft werden. Die Regierungen aller Mitgliedstaaten sollten ein staatliches Fördersystem für junge Menschen während ihrer Ausbildung entwickeln und anwenden.

- Der Wert der nicht formalen Bildung muss anerkannt und der breiten Gesellschaft verständlich nahegebracht werden. Kommunikation über den Wert der nicht formalen Bildung sollte nicht auf nationaler Ebene steckenbleiben oder nur mit den Beteiligten im Jugendsektor stattfinden, sondern auf lokaler Ebene weiterentwickelt werden, also in Schulen und Gemeinden. Außerdem sollten Medien und Arbeitgeber direkt einbezogen und als Partner gewonnen werden. Dies kann nur mit institutioneller Unterstützung der Europäischen Union und der Regierungen aller Mitgliedstaaten geleistet werden. Wir sollten die jungen Menschen für die Werte sensibilisieren, die durch Mitwirkung erworben werden, weil wir glauben, dass Selbstbewusstsein zur Vermeidung von übermäßigem Formalismus beitragen kann.